

Einbürgerungsreglement

der Gemeinde Arlesheim
vom 22. Juni 1994 ¹

Die Bürgergemeindeversammlung der Gemeinde Arlesheim, gestützt auf § 26 Absatz 1 des Bürgerrechtsgesetzes vom 21. Januar 1993, beschliesst:

A. Geltungsbereich

§ 1 Grundsatz

¹ Dieses Reglement gilt für Einbürgerungen in der Gemeinde Arlesheim.

² Die eidgenössischen und kantonalen Bürgerrechtsbestimmungen bleiben vorbehalten.

B. Voraussetzungen zur Einbürgerung

§ 2 Wohnsitz

¹ Die Aufnahme in das Gemeindebürgerecht setzt eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zur Einreichung des Gesuchs voraus

- a. bei Schweizer Bürgern und Bürgerinnen von 3 Jahren;
- b. bei ausländischen Staatsangehörigen von 5 Jahren.

² Stellen ausländische Ehegatten gemeinsam ein Gesuch und erfüllt der eine die Voraussetzungen von Absatz 1 Buchstabe b, so genügt für den anderen eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zu Einreichung des Gesuchs von 3 Jahren, sofern er seit 3 Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem anderen Ehegatten lebt.

³ Die Fristen von Absatz 2 gelten auch für die Person ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Ehegatte bereits das Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung erworben hat.

⁴ Aus achtenswerten Gründen kann vom Erfordernis des Wohnsitzes oder einer bestimmten Wohnsitzdauer abgesehen werden.

§ 3 Eignung

¹ Fassung vom 7. März 2007

Die Aufnahme einer Person ausländischer Staatsangehörigkeit in das Gemeindebürgerrecht setzt voraus, dass sie

- a. in die kommunalen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist;
- b. mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist;
- c. die Schweizerische Demokratie bejaht.

§ 4 Leumund

Die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht setzt voraus, dass der Bewerber oder die Bewerberin

- a. einen guten Leumund besitzt;
- b. den privaten und öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen nachkommt.

C. Anspruch auf Einbürgerung

§ 5 Anspruch

Ein Anspruch auf Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht besteht, sofern die Voraussetzungen dieses Reglements erfüllt sind, für:

- a. Schweizer Bürger und Bürgerinnen, deren Stamm seit 30 Jahren in der Gemeinde ansässig ist;
- b. den ausländischen Ehegatten einer Person, die das Schweizer Bürgerrecht bereits alleine durch Einbürgerung in der Gemeinde Arlesheim erworben hat.

D. Verleihung des Ehrenbürgerrechts

§ 6 Voraussetzungen

¹ Die Bürgergemeindeversammlung kann Personen, die sich um das Gemeinwesen besonders verdient gemacht haben, auf Antrag des Bürgerrates das Ehrenbürgerrecht verleihen.

² Das Ehrenbürgerrecht kann auch einer Person, die das Gemeindebürgerrecht von Arlesheim bereits besitzt, verliehen werden.

³ Das Ehrenbürgerrecht wird unentgeltlich verliehen.

E. Verfahren

§ 7 Gesuchseinreichung

Gesuche um Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht sind beim Bürgerrat schriftlich einzureichen. Bei ausländischen Staatsangehörigen setzt die Gesuchseinreichung die Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung voraus.

§ 8 Prüfung der Voraussetzungen

¹ Der Bürgerrat prüft, ob die Voraussetzungen für die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht erfüllt sind. Bei ausländischen Staatsangehörigen klärt er deren Eignung zum Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts ab.

² der Bürgerrat leitet das Gesuch innert 6 Wochen seit dessen Einreichung an die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion mit einem Antrag auf Annahme oder Ablehnung weiter.

³ Anträge auf Ablehnung sind zu begründen. Dem Bewerber oder der Bewerberin ist diese Begründung mitzuteilen.

§ 9 Abstimmung

¹ Liegt die Bewilligung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zur Bewerbung um das Gemeindebürgerrecht vor, unterbreitet der Bürgerrat das Gesuch um Einbürgerung innert 6 Monaten seit deren Erteilung der Bürgergemeindeversammlung mit einem Antrag auf Annahme oder Ablehnung sowie auf Festsetzung der Gebühr.

² Die Bürgergemeindeversammlung entscheidet über das Gesuch und die Gebühr in offener Abstimmung, sofern nicht ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten geheime Abstimmung beschliesst.

§ 10 Abstimmungsprotokoll

¹ Der Bürgerrat hat das Abstimmungsprotokoll innert 30 Tagen der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zu übermitteln und die Höhe sowie die Bezahlung der Gebühr bekannt zu geben.

² Der Bürgerrat teilt die rechtswirksamen Einbürgerungen der Bürgergemeindeversammlung mit.

F. Gebühren

§ 11 Schweizer Bürger und Bürgerinnen

¹ Die Gebühr für die Aufnahme von Schweizer Bürgern und Bürgerinnen in das Gemeindebürgerrecht bemisst sich nach dem Verwaltungsaufwand. Sie beträgt unter Vorbehalt von Absatz 2 im Maximum Fr. 1000.--. Bei gemeinsamer Einbürgerung von Ehegatten und/oder bei Einbezug von unmündigen Kindern erhöhen sich die Gebühren nicht.

² Die Gebühr beträgt im Maximum Fr. 200.-- für

- a. Einbürgerungen gemäss § 5 Buchstabe a;
- b. Wiedereinbürgerungen von Gemeindebürgerinnen, die durch Heirat das angestammte Bürgerrecht verloren haben.

§ 12 Ausländische Staatsangehörige ¹

¹ Die Gebühr für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts bemisst sich nach dem Verwaltungsaufwand. Sie beträgt maximal Fr. 2'000.00, vorbehalten bleiben die Absätze 2 und 3.

² Die Gebühr kann bei ausserordentlich aufwändigen Fällen über den Gebührenrahmen hinaus, jedoch um maximal Fr. 1'000.00 erhöht werden.

³ Die Gebühr ist auch zu entrichten:

- a) bei Verweigerung der Erteilung des Gemeindebürgerrechts;
- b) bei Verweigerung der kantonalen oder eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung;
- c) bei Abschreibung des Gesuchs infolge Rückzugs.

§ 13 Hinterlegung und Rechnungsstellung

¹ Die voraussichtlich zu entrichtende Gebühr ist zwischen der Gesuchseinreichung und der Eignungsprüfung bei der Bürgergemeinde zu hinterlegen.

² Die Gebühr wird unter Vorbehalt von Absatz 3 nach der Abstimmung der Bürgergemeindeversammlung in Rechnung gestellt.

³ Wird das Verfahren zu einem Zeitpunkt beendet, der vor der Abstimmung der Bürgergemeinde-Versammlung liegt, wird die Gebühr nach Abschluss des Verfahrens in Rechnung gestellt.

§ 13 (alt) Gebührenberechnung

Aufgehoben

§ 14 Gebührenhinterlegung

Aufgehoben

§ 15 Gebührenerlasse

Die Gebühren können beim Vorliegen besonderer Gründe oder eines finanziellen Härtefalles ganz oder teilweise erlassen werden. Entsprechende Anträge sind auf die Traktandenliste der Bürgergemeindeversammlung zu setzen.

¹ Änderung von der Bürgergemeinde-Versammlung am 6. Dezember 2006 beschlossen

G. Schlussbestimmungen

§ 16 Übergangsbestimmung

Die beim Inkrafttreten dieses Reglements hängigen Einbürgerungsverfahren werden nach dem für die betroffenen Personen günstigeren Recht beurteilt.

§ 17 Aufhebung bisherigen Rechts, Inkrafttreten

¹ Das Einbürgerungsreglement vom 04.06.1986 wird aufgehoben.

² Dieses Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion in Kraft ¹.

Im Namen des Bürgerrates

Der Präsident:
O. Mathis

Der Bürgerratsschreiber:
A. Dietrich

Änderungen von der Bürgergemeindeversammlung am 6. Dezember 2006 genehmigt.

Im Namen des Bürgerrates

Der Präsident:
O. Mathis

Der Bürgerratsschreiber:
H.-F. Vögeli

Änderungen am 7. März 2007 von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion genehmigt

Regierungsrätin

Frau Dr. S. Pegoraro

¹ Änderungen vom Regierungsrat am 7. März 2007 genehmigt